

Berliner Morgenpost 14.03.2013

Finanzierung

Industrie fordert mehr Tempo bei Energiewende

BDI schlägt der Bundesregierung ein Konzept vor

Von Daniel Wetzel

[Google-Anzeigen](#)

[Bücher bei buch.de](#)

Bücher von Ihren Lieblingsautoren. Jetzt portofrei bei buch.de! www.buch.de

Die Befürchtungen von Bundesumweltminister Peter Altmaier (CDU) scheinen sich zu bewahrheiten: Die Verbraucher müssen die Ökostrom-Produktion mit immer höheren Beträgen subventionieren. Wie aus neuen Berechnungen der Stromnetzbetreiber hervorgeht, steigt die sogenannte EEG-Umlage zur Förderung der erneuerbaren Energien Ende des Jahres erneut um mehr als zehn Prozent auf dann über sechs Cent pro Kilowattstunde an. Bundesumweltminister Peter Altmaier (CDU) hatte angekündigt, die Verbraucher nicht über die aktuellen 5,3 Cent hinaus belasten zu wollen. Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) will kommende Woche mit den Ministerpräsidenten der Länder über die Möglichkeit einer Energiekosten-Grenze verhandeln.

Wie nötig eine Strompreisbremse ist, zeigen Berechnungen des Netzbetreibers 50 Hertz Transmission GmbH in Berlin. Demnach weist das sogenannte EEG-Konto zur Finanzierung der erneuerbaren Energien bereits jetzt, zu Jahresbeginn, eine Deckungslücke von rund zwei Milliarden Euro auf. Nach seiner "vorläufigen Prognose" könnte die von den Verbrauchern zu zahlende EEG-Umlage im kommenden Jahr damit auf über sechs Cent pro Kilowattstunde ansteigen, sagte 50-Hertz-Chef Boris Schucht.

Die genaue Höhe der Umlage, die sich auf den Stromrechnungen der Verbraucher wiederfindet, hängt einerseits davon ab, wie viele Solar-, Biomasse- und Windkraftanlagen in diesem Jahr noch errichtet werden. Zugleich ist aber auch die Höhe des Großhandelspreises an der Strombörse entscheidend. Je niedriger der Börsenwert von Strom, desto mehr muss der Verbraucher als Ausgleich für die EEG-Umlage zahlen. Grund dafür ist, dass Betreiber von Ökostrom-Anlagen gesetzlichen Anspruch auf eine feste Einspeisevergütung haben, unabhängig vom eigentlichen Marktwert der Elektrizität.

Großhandelspreis für Strom fällt

Die Hoffnung der Politik, dass die EEG-Umlage nicht über 5,3 Cent hinaus ansteigt, basiert auf der Annahme, dass der Börsenpreis für Elektrizität weiterhin bei 51 Euro pro Megawattstunde liegt. Tatsächlich ist der Großhandelspreis allerdings bereits auf rund 40 Euro gefallen, weil in diesem Jahr relativ viele konventionelle Kraftwerke ans Netz gehen.

Während die Strompreisbremse einerseits den Anstieg der Energiepreise begrenzen könnte, drohen damit zugleich höhere Preise im Bahnverkehr. Der Wegfall der EEG-Ausnahmeregelung würde die deutschen Bahnunternehmen mit rund 270 Millionen Euro belasten, zitiert die "FAZ" aus einem Regierungspapier. Die Schienenverkehrsunternehmen rechnen in diesem Fall mit einem Anstieg der Ticket-Preise

um rund sieben Prozent. Dennoch unterstützen auch die "Grünen" den Vorschlag, den Bahnverkehr stärker zur Finanzierung der Energiewendekosten heranzuziehen.

Der Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) forderte angesichts der weiter steigenden Energiepreise von der Bundesregierung einen "Strompreis-Stopp" noch vor der Bundestagswahl im Herbst. "Die Sorgen und Unsicherheiten über den Fortgang der Energiewende sind in vielen Branchen gewachsen", erklärte BDI-Präsident Ulrich Grillo in Berlin.

Gut eine Woche vor dem energiepolitischen Spitzentreffen der Ministerpräsidenten bei Bundeskanzlerin Merkel forderte der BDI-Präsident von der Politik fünf "Sofortmaßnahmen". So dürfe "kein Geld mehr für Wegwerfstrom bezahlt werden", forderte Grillo. Die Entschädigungsregeln für Produzenten von Ökostrom, die keinen Abnehmer finden, sollten gestrichen werden.

Grillo verwies auf Prognosen, denen zufolge im Jahr 2022 in Deutschland rund 42 Terawattstunden Ökostrom am Bedarf vorbei produziert werden. Das entspreche dem Jahresverbrauch Dänemarks. Eine volkswirtschaftliche Mittelverschwendung in dieser Größenordnung müsse frühzeitig verhindert werden. Zudem schlägt der BDI vor, Staatseinnahmen aus der Strom- und Mehrwertsteuer an die Verbraucher zurückzugeben. Allein aus der Erhöhung der EEG-Umlage habe der Staat 600 Millionen Euro Mehrwertsteuer eingenommen.

Insgesamt addierten sich die staatlichen Erlöse aus Stromsteuer und Mehrwertsteuer beim Strom sogar auf knapp neun Milliarden Euro. Das sei fast fünfmal so hoch wie die 1,8 Milliarden Euro, die die Bundesregierung über ihre Preisbremse bei Verbrauchern und Wirtschaft einsammeln will, sagte Grillo: "Wir fordern, dass die zusätzlich erzielten Steuereinnahmen über eine Absenkung der Stromsteuer an die Stromverbraucher zurückgegeben werden."

Drittens müsse der Bund ein steuerliches Anreizsystem für die Gebäudesanierung von mindestens 1,5 Milliarden Euro bereitstellen. Dadurch könnten in diesem Schlüsselbereich der Energiewende Investitionen von jährlich zwölf Milliarden Euro ausgelöst werden.

Schließlich solle der Bund auch ein neues "Design" für den Strommarkt entwerfen, um erneuerbare Energien zu integrieren, und das europäische Ausland in die Pläne einbeziehen. "Unsere fünf Maßnahmen für Kostenbremsen ließen sich alle noch vor der Bundestagswahl umsetzen und würden die Stromverbraucher ab sofort deutlich entlasten", sagte Grillo. Sie seien nicht als Ersatz für die Strompreisbremse Altmaiers gedacht, sondern als Ergänzung. Den Vorwurf, die Kostenprivilegien der Industrie seien schuld an der steigenden Ökostrom-Umlage, wies Grillo zurück. Von den 20 Milliarden Euro EEG-Umlage in diesem Jahr finanzierten die Unternehmen allein zehn Milliarden, und damit mehr als die privaten Verbraucher mit sieben Milliarden Euro. Er warnte deshalb davor, die Entlastungsregeln für energieintensive Unternehmen zu streichen: "Wenn ich Unternehmen vertreibe, vertreibe ich auch die Finanziere der Energiewende."